

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 4. November.

Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung
um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Böt-
ticher, Herrfurth, Freiherr v. Marschall u. A.

Tagesordnung: Beratung der Denkschrift über die von preussischen, sächsischen, hessischen und hamburgischen Regierung auf Grund des Sozialistengesetzes getroffenen Anordnungen.

Abg. Singer (Soz.): Die verbliebenen Tage der Beratung befinden sich in einer eigenthümlichen Lage bei diesem Reichstagsbeschluss. Die Maßregeln, welche die Regierung in dieser Denkschrift vortragen, sind getroffen und haben Geltung auf 1 Jahr, also vom 30. September d. bis 30. September n. J. und in der vorliegenden Tages-
vorgelegten Novelle zum Sozialistengesetz ver-
zichtet die Regierung auf einen Theil der in der
Denkschrift gerechtfertigten Maßregeln. Es ist
dies ein Widerspruch, mit dem wir uns später
noch zu beschäftigen haben werden. Was nun
den uns vorgelegten Bericht anlangt, so sind
dessen Behauptungen oft ganz wunderbarer Natur.
Er sagt u. A., dass hier in Berlin 104 Ver-
sammlungen hätten verboten werden müssen.
Wenn man sich aber diese Verbote ansieht, so
wird man finden, dass dieselben mit den Ver-
ordnungen des § 9 des Sozialistengesetzes abso-
luta in Einklang zu bringen sind. Die Denkschrift
der Regierung enthält Parolen, an welche
gegenwärtig kein Mensch mehr glaubt, und es ist zu
bedauern, dass der Reichstag heute noch mit sol-
chen Dingen beschäftigt wird. Unter den Grün-
den, welche die Denkschrift für den Fortbestand
des kleinen Belagerungsstandes anführt, befin-
det sich auch der Hinweis auf die hier bestehende
sozialistische Presse und auf die Bildung sozial-
demokratischer Wahlvereine. Wären die in der
Denkschrift angegebenen Blätter so staatsgefähr-
lich, so würden sie auf Grund des Sozialistenge-
setzes längst verboten sein und die Bildung von
Wahlvereinen ist durch das Wahlgesetz gestaf-
tet und es ist vom Reichstage wiederholt erklärt
worden, dass die Bildung von Wahlvereinen durch
das Sozialistengesetz nicht verhindert werden
dürfte. Die Denkschrift verweist ferner auf
die vielfachen Aufstellungen von Versammlungen
auf Grund des Sozialistengesetzes. Wie fanden
aber diese Aufstellungen statt? Eine Versamm-
lung wurde aufgelöst, weil der Redner Ulrich
von Hutten zitierte, eine andere, als der Redner
einen Vers von Heine anführte, eine dritte, als
der Redner sagte: Bedeutet doch, dass wir alle
nach auf die Welt kommen. Erst jüngst wurde
eine Versammlung aufgelöst, in der ich als Red-
ner auftraten wollte und die Auflösung erfolgte
bei den von mir gesprochenen Worten: „Meine
Herren! Sie werden es begreifen.“ (Heiterkeit.)
Ich könnte noch eine Menge ähnlicher Fälle an-
führen, unterlasse es aber und frage nur den
Herrn Minister des Innern, ob es bei der schärf-
sten Kritik möglich ist, in diesen Sägen den Ver-
nachläss der Umstände zu finden. Die Denkschrift
gibt ferner den Beweis, dass es der Regierung
kaum ankommt, nicht bloß die gemeingefähr-
lichen, sondern alle sozialdemokratischen Druck-
schriften aus der Öffentlichkeit zu verbannen und
zwar zu Gunsten des Kapitals, man will die
Arbeiterbewegung einfach erschaffen. Die Leip-
ziger Behörde liefert den klaren Beweis, dass es
gar nicht mehr auf die sozialistischen Bestre-
bungen ankommt, sondern dass die Wirtschafts-
und Arbeiterfrage gegenüber den Arbeitgebern in
den Vordergrund getreten ist. Die Gründe der
sächsischen Regierung sind überhaupt eigenthüm-
licher Natur; es werden von derselben die Pro-
zesse wegen Bismarckbeleidigung herangezogen,
aber derartige Beleidigungen können doch keiner
Behörde das Recht geben, auf Grund des So-
zialistengesetzes den Belagerungsstand zu er-
klären. Anträge auf dieser Denkschrift stellen wir
nicht, sie würden doch nicht angenommen wer-
den, bemerken aber will ich noch, dass dieser Be-
richt den klaren Beweis liefert, dass das Sozia-
listengesetz für andere Dinge gehandhabt wird.
Der Sozialdemokratie wird Sie aber, die es erlassen
haben, ist und bleibt das Gesetz ein Monument
der Schande. (Widerpruch.)

Präsident v. Lepow ruft den Redner
wegen dieser letzten Aeußerung zur Ordnung.
(Beifall.)

Minister des Innern Herrfurth: Die
wiederholten Beratungen der Denkschrift über
die Ausführung des Sozialistengesetzes und die
wiederholt vom Reichstage beschlossene Verlän-
gerung des Gesetzes liefern den deutlichsten Beweis
dafür, dass eine wesentliche Veränderung in den be-
stehenden Zuständen durchaus noch nicht einge-
treten ist, ja man kann das gewissermaßen als
notwendig bezeichnen. Was die vom Vorredner
angeführten Beispiele von der erfolgten Auf-
lösung von Versammlungen anbelangt, so habe ich
die Behörden wiederholt darauf hingewiesen, dass
die Auflösung nur erfolgen darf, wenn in der
Versammlung Tendenzen zu Tage treten, welche
auf den Umsturz der bestehenden Gesellschafts-
ordnung gerichtet sind. In derselben Weise soll
verfahren werden mit dem Verbot der Versamm-
lung und nach diesen Grundsätzen ist stets ver-
fahren worden. Hier in Berlin besteht ein ge-
wisser Reiz auf die sozialdemokratischen Ver-
sammlungen. Erst spricht ein sehr gemäßigter
Redner und erst später folgen dann Redner,
welche die Auflösung der Versammlung provo-
zieren und dann die turbulenten Szenen herbei-
führen, zu denen der Berliner nur zu leicht ge-
neigt ist. Die Wahlagitation, wie sie hier ge-
führt wird, ist theoretisch gänzlich zulässig, wie
aber wird sie betrieben? (Der Minister verliest
verschiedene Reden und sozialdemokratische Wahl-
programme, um den aufreizenden Charakter der
Wahlagitation nachzuweisen) und führt dann fort:
Der Abgeordnete Singer hat wiederholt schon
in früheren Reden auf die agents provocateurs
verwiesen, und da ich zum ersten Male
hier spreche, ist es ein Herzensbedürfnis, mich
mit ihm deshalb auseinanderzusetzen. Ich habe
die Behörden meines Ressorts angewiesen, alles
zu vermeiden, was zu einer Verletzung zum Ver-
brechen führen könnte, und dass jeder Agent,
welcher sich zu Provokationen verleiten lasse,
mit den schärfsten Strafen zu verfolgen. Dadurch
habe ich nicht verhindert, den Verbrechen einen neuen
Grundlag einzuführen, sondern dieser Grundlag
ist auch von meinem Herrn Amtsvorgänger stets
zur Anwendung gebracht. Die Staatsregierung
kann, dass sie des Gesetzes zur Aufrechterhaltung

der öffentlichen Ordnung noch bedarf. Die Dinge
liegen so, dass, wenn der kleine Belagerungs-
stand nicht verlängert wird, man bald zum
großen kommen müsste. Wir halten daran
fest: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! (Beifall
rechts.)

Staatssekretär von Bötticher: Es ist
mir jedoch ein sozialdemokratisches Flugblatt zu-
gegangen, in welchem aus einer von mir ge-
gebenen Aeußerung hergeleitet wird, dass Regierung
und Kapitalismus das Volk ausbeuten und dass
die Frage nur noch die ist, wer zuerst die Leuge-
rung über die Ohren zieht. Thatsächlich ist die Leuge-
rung: „Wir arbeiten ja nur für Sie (die Arbeit-
geber)“ dahin gegangen, dass der Sozialismus
auch schon in seinem eigenen Interesse für seine
angeordneten Söhne, nun auch dafür zu sorgen, dass
diese infame Interpretation meiner Aeußerung rich-
tig den Arbeitern übermitteln wird.

Abg. Frohne (Soz.): Ich möchte nach-
zuweisen, dass die Schutzpolizei nicht zu Gunsten
des kleinen Handmannes und des Arbeiters einge-
setzt sei, sondern lediglich zum Vortheil der
Großgrundbesitzer, und führt dann fort: Die
Denkschrift ergibt auch klar und deutlich, dass die
Maßregeln der Regierung hauptsächlich gegen die
Gewerkschaften und Handvereine gerichtet sind.
In Hamburg findet keine gewerkschaftliche Ver-
sammlung statt, welche nicht der schärfsten Auf-
sicht unterliegt. Man entfernt sich mit der Hand-
habung des Sozialistengesetzes immer weiter von
der ursprünglichen Aufgabe. Von allen Polizei-
behörden, welche sich die Bekämpfung der Ar-
beiterbewegung zur Aufgabe gemacht haben, ist
keine so rigoros, so geschwindig und ungerecht
verfahren, wie die Leipziger. Sie hat durch ihre
unerbittlichen Maßregeln für tausende von Arbeitern
das gesetzlich gewährleistete Konstitutionsrecht einfach
illudisch gemacht. Wir liegt nun daran, kurz
darüber hinzuweisen, worauf die Bestrebungen der
Regierung gerichtet sind. Man will Arm in
Arm mit den Kapitalisten die positiven Bestre-
bungen der Arbeiter, welche auf Verbesserung
ihrer Lage gerichtet sind, unterdrücken; mit solchen
Phrasen täuschen Sie die Arbeiter nicht mehr.
Sie werden mit Ihren Maßregeln nichts erreichen,
wie aber können Ihnen nur zurechnen: Kennen
Sie gerecht sein, Sie sind gewarnt und die Re-
gierung auch.

Abg. Dr. Barth (Soz.): Im Namen mei-
ner politischen Freunde habe ich zu erklären, dass
wir die Rechtfertigung der Regierung nicht für
genügend erachten können. Der kleine Belage-
rungsstand hat im Wesentlichen dazu beigetragen,
gerade die Dinge zu verschärfen, welche Sie
durch das Sozialistengesetz bekämpfen wollten.
Gerade die Unterdrückung der Bewegung durch
Ausweisung der Führer macht die Bewegung
weit gefährlicher, denn die Führer haben das In-
teresse, die Ordnung unter den Massen aufrecht-
zuhalten und die Beilegung der Führer kann
sehr leicht eine Explosion der wohlorganisierten
Massen zur Folge haben. Dadurch wird klar
bewiesen, dass für die Aufrechterhaltung des klei-
nen Belagerungsstandes absolut kein durchschla-
gender Grund vorhanden ist.

Abg. Dr. Hartmann (Soz.): Ich habe
nur die Absicht, der Bemerkung des Abg.
Frohne entgegen zu treten, dass durch die Rolle
nur der Großgrundbesitzer Vortheile erhalten hätte.
Die Landwirtschaft konnte nur durch die Rolle
in ihrer Existenz erhalten werden; geht die Land-
wirtschaft zu Grunde, so ist es mit der Unab-
hängigkeit des Vaterlandes vorbei. Also alles,
was für die Landwirtschaft geschieht, das ge-
schieht für das Vaterland. Ich habe für die Rolle
gestimmt und werde auch für deren Beibehaltung
stimmen.

Abg. Singer: Die Bemerkungen des
Vorredners hängen sehr wenig mit der hier zur
Diskussion stehenden Frage zusammen. Der
Vorredner hat am allerwenigsten Veranlassung,
hier für die Rolle einzutreten, denn er soll ein-
mal in seinem Wahlkreise nachfragen, wie die
Arbeiter über die Rolle denken. — Der
preussische Herr Minister des Innern hat von
turbulenten Szenen in den sozialdemokratischen
Versammlungen gesprochen. Wie gerade die
Berliner Polizei es versteht, Stände hervorzu-
rufen, das beweist gerade die Versammlung, in
welcher ich die hochverräterischen Worte:
„Meine Herren“ gesprochen habe. Als die Ver-
sammlung aufgelöst war, traten die Schlingente
an die Personen, welche noch etwas hier
vor sich stehen hatten, mit den Wor-
ten heran: „Nun fassen Sie mal Ihr
Vier aus“. Ich sollte meinen, die Berliner
Schlingente könnten etwas höflicher sein. (Große
Unruhe.) Wenn der Herr Minister auf den Er-
lös hinweist, den er in Vertheil der agents pro-
vocateurs an seine Unterabtheilungen gerichtet hat,
so frage ich mich darüber, wenn er aber be-
hauptet, dass sein Vorgänger Herr v. Puttkamer
dieselben Grundsätze verfolgt habe, so muss ich
ihm darauf erwidern, dass wenn er mit dem
System nicht bricht, er auch die Vertheilung nicht
los wird, denn das Sozialistengesetz züchtet die
Vertheilung. In Leipzig sind, das ist eine Folge
des Sozialistengesetzes, die gesetzwidrigen Zustände
erst eingetreten, nachdem man die Führer Webel
und Liebnicht von dort ausgewiesen hat, und in-
sofern ist die Aeußerung des Abg. Dr. Barth
vollständig richtig. Wollen Sie Ruhe und Or-
dnung in diesen Gebieten herbeiführen, dann heben
Sie das Sozialistengesetz auf.

Abg. Frohne betont nochmals die schlec-
ten Folgen der Getreidepreise im Osten und
Westen, welche zur Auswanderung anregen und
wo die meisten Verbrechen begangen werden,
obwohl dort keine hegenden Sozialdemokraten
existieren.

Abg. Dr. Hartmann: Der Vorredner
hat über die Verhältnisse in Ost- und West-
preußen gesprochen, von denen er nichts versteht.
Die Sozialdemokraten scheinen sich mit uns in
einen Wettstreit einzulassen zu wollen, wer sein
Vaterland lieber hat. (Abg. Webel ruft: Fällt
uns gar nicht ein! Heiterkeit.)

Die Diskussion ist geschlossen, der Rechen-
schaftsbericht wird für erledigt erklärt.
Darauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr.
Tagesordnung: Sozialistengesetz.

Deutschland.

Berlin, 4. November. Die Berichte über
den Besuch Kaiser Wilhelms in Konstan-
tinopel bieten für politische Kombinationen bis
jetzt sehr wenig Stoff. Es sind Darstellungen

landschaftlicher Eindrücke und zeremonieller Ver-
anstaltungen, zwischen deren Zeilen sich kaum
etwas Bergegenes herauslesen lässt, wie denn
auch die gewiss nicht ohne Absicht veröffentlichten
eigenen Darstellungen des Kaisers an den
Fürsten Bismarck dazu bestimmt scheinen, den
Gedanken, als ob hier eine Fundgrube für beson-
dere politische Deutungen gegeben sei, auszu-
schließen. Der Kaiser theilt dem Reichskanzler
seine Eindrücke mit, die er von den landschaft-
lichen Reizen des Bosphorus, von der unbegreif-
lichen Schönheit des ersten Anblicks von Kon-
stantinopel empfangen hat. Diese Mittheilungen
werden ohne Bezug der Öffentlichkeit übergeben,
und man darf annehmen, dass sie nicht nur für
einen inländischen Leserkreis bestimmt sind. Die
Art und Weise, in der sich namentlich die
russische Presse mit dieser Privattheilnahme des Kaisers
beschäftigt hat, konnte leicht dahin führen, gewisse
weittragende geheime Pläne hinter dieselben zu
suchen, die möglicher Weise den Eindruck wieder-
verwirklicht hätten, den der Berliner Aufenthalt
auf die Stimmung des Kaisers hervorgerufen
hätte. Dieser Möglichkeit entgegen zu wirken,
gibt es kein besseres Mittel, als den deutschen
Kaiser in der türkischen Hauptstadt als einfachen,
leicht empfänglichen Touristen erscheinen zu
lassen, dessen ganzes Interesse sich in der
Schönheit und Großartigkeit des äußeren
Ansehens erschöpft. Ueber die politische
Nebensache des Ereignisses wird noch Manches zu
sagen sein, wenn die Aeußerlichkeiten derselben
mehr zurückgetreten sein werden. Nur das lässt
sich schon heute feststellen, dass irgend eine ein-
fache Wendung in der europäischen Lage so wenig
von dem Besuche des Kaisers in Konstantinopel,
wie von der gleichzeitigen Anwesenheit des Grafen
Rathenau in Friedrichshagen zu erwarten ist,
dass weder der österreichischen noch der türkischen
Politik eine wesentlich andere Richtung durch
diese Zusammenkünfte gegeben werden wird.

Das dem Reichstage heute zugewandene
Beisuch über Ostafrika giebt die Ver-
sicherung wieder vom 3. April 1889 ab bis zum 25.
Oktober; es enthält den Bericht des kaiserlichen
Kommissars für Ostafrika, Hauptmann Wiss-
mann, vom 3. April 1889, den Bericht des-
selben vom 1. Mai (Verhältnisse an der Küste),
30. Mai Bericht des kaiserlichen Kommissars
(Erklärung von Vushchis Lager bei Vaga-
moyo), den Bericht vom 15. Juni (Einnahme
von Sadani), den Bericht vom 23. Juni über
Verhandlungen wegen friedlicher Uebergabe von
Pangani; Bericht des stellvertretenden Kom-
missars vom 27. Juni über die Verhandlungen
wegen friedlicher Uebergabe von Pangani, die sich
als erfolglos erwiesen; den Bericht vom 2. Juli
über die Zerstörung der Befestigungen der Auf-
ständischen in Kuuale, unweit Vagamoyo; den
Bericht vom 10. Juli über die Einnahme von
Pangani, den Bericht vom 18. Juli über die
Besetzung und Vertheilung von Tanga; den Be-
richt vom 27. Juli über die Verhältnisse in Dar-
es-Salam; den Bericht vom 29. August über die
Verhältnisse auf den Küstenstationen; den Be-
richt vom 29. August über die beabsichtigte Ex-
pedition in das Innere nach Mporwa; den Be-
richt vom 23. September über die Ausführung
der Expedition in das Innere; den Bericht vom
24. September über die Besetzung von Con-
dushe; den Bericht vom 24. September über
die Verhältnisse auf den Küstenstationen während
der Expedition nach Mporwa.

Außerdem enthält das Beisuch noch nach-
folgende telegraphische Berichte:

Nr. 17. Telegramm. Sansibar, 13. Okto-
ber 1889. Eingegangen in Berlin am gleichen
Tage. Beabsichtige Vushchit, welcher bei Dunda
steht, auszugreifen. gez. Graevenreuth.

Nr. 18. Telegramm. Sansibar, 21. Okto-
ber 1889. Eingegangen in Berlin, 22. Oktober
1889. Ich habe Vushchit, welcher mit 60.000 Ein-
gebornen aus dem Distrikte Uramo vertrieben,
von Dar-es-Salam über Mabinolo umgangen und
sein Lager überumpelt, wobei drei Massenangriffe
der Wafte blutig zurückgeworfen wurden.
Von einer zweiten Abtheilung am Rangan
gleichfalls kleine günstige Gefechte. Heute heute
Nachricht der Verfolgung der flüchtigen Wafte auf.
Unsererseits 7 Tode und Verwundete, worunter
kein Europäer. gez. Graevenreuth.

Nr. 19. Telegramm. Sansibar, den 22.
Oktober 1889. Eingegangen in Berlin, den 23.
Oktober 1889. Siegreiches Gefecht bei Sonwe
gegen Rebellen, wobei Feinde vertrieben, wir
einen Todten, zwei Verwundete verloren. In
Mporwa zur Einnahme der Erhebung Mafes
3 Araber hingerichtet. Geflücht von Eingebore-
nen, die überall entgegenkommend waren, aus-
geliefert. gez. Wissmann.

Nr. 20. Telegramm. Sansibar, den 25.
Oktober 1889. Eingegangen in Berlin am
gleichen Tage. Zwischen Dar-es-Salam und
Vagamoyo ist das Hinterland auf 4 Tagereisen
landwärtwärts gesäubert. Zerstreute Wafte
überall von Bevölkerung und Patrouillen er-
schlagen, über 400 Tode aufgefunden. Unser
Verlust 7 Tode, 3 Verwundete. Verbindung
mit Wissmann hergestellt. gez. Graevenreuth.

Nr. 21. Telegramm. Sansibar, den 2.
November 1889. Eingegangen in Berlin am
gleichen Tage. Heute an der Küste nach fried-
lichem Rückmarsch eingetroffen. Karawanenstra-
ßen sind für den Verkehr offen. Wissmann.

— In der heute vor dem kaiserlichen Kam-
mergericht angedachten Verhandlung gegen die
„Koloniale Zeitung“ wegen Preß-Polizei-Kon-
vention durch Aufnahme eines Geheim-
mittels-Inzerats hat das Gericht, den Aufstrei-
bungen des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Werner
folgend, auf Aufhebung der vernünftigen
Vorentscheidungen und Zurückverweisung der Sache
in die zweite Instanz erkannt.

Das Gericht hat den § 20 Absatz 2 des
Preßgesetzes für verletzt erachtet, weil der Redak-
teur einer Zeitung, dessen Aufgabe lediglich die
ideelle Leitung der Zeitung sei, der aber mit
dem Annoncenwesen an sich gar nichts zu
thun habe, nicht ohne Weiteres strafbar
gemacht werden könne für den Inhalt der
Annonce, sofern derselbe nicht gegen das gemeine
Strafgesetz verstoße; zu einer Verurteilung des
Redakteurs auch in erster Beziehung müsse
vielmehr der Nachweis erbracht werden, dass er
um die Annonce geworben und deren Aufnahme
und Verbreitung begünstigt habe. Man darf nun-
mehr auf die Entscheidung des nächsten Richters
gepaßt sein.

— Wie man erfährt, haben die von der
„Deutschen Handels- und Kolonisations-Gesell-

schaft“ bezogene und v. Glosch nach der „Farm
Willemsburg“ im Pongoland gefandten Deut-
schen sich an das auswärtige Amt in Berlin mit
der telegraphischen Bitte gewendet, das Reich
möge sich ihrer annehmen, da sie, von ihren
Antraggebern in Etich gelassen, aller Mittel ent-
blieben, im Begriffe ständen, zu verhungern. Ueber
die in Frage stehende Kolonialgründung ist schon
berichtet worden. Die „Deutsche Handels- und
Kolonisations-Gesellschaft“ bezogte und v. Glosch“
hat verschiedene Herren durch die Zusicherung, sie
würden in Afrika Stellungen mit gutem Gehalt
bekommen, veranlaßt, sich an dem Unternehmen
mit Kapital zu beteiligen. An Ort und Stelle
angekommen, haben die Herren aber weder Ge-
halt, noch Lebensmittel bekommen, noch ihr Ka-
pital zurückzubekommen. Einer der „Heringesalle-
nen“ ist in dieser Weise mit der Summe von
20.000 Mark dem Unternehmen beigetreten. Die-
ses seltsame System der „Engagements mit Ka-
pitalbeilegung“ war bereits von der „Deutsch-
westafrikanischen Kompagnie“, welcher u. A.
gleichfalls Herr bezogte angehörte, angewendet
worden.

— Das Befinden des Kaisers und der
Kaiserin ist trotz der letztergangenen anstreng-
enden Reisezeit ganz vorzüglich, und erlebte
der Kaiser in gewohnter regelmäßiger Weise die
laufenden Regierungsgeschäfte. Die Reise-
dispositionen über die Rückkehr des Kaiserpaars
von Konstantinopel durch Italien nach Deutsch-
land bezug nach Berlin sind bis zur Stunde de-
finitiv noch nicht getroffen worden.

— Die Kaiserin Augusta hat nach mehr-
wöchentlichem Aufenthalt heute Nachmittag kurz
vor halb 1 Uhr Baden-Baden mit ihrer Be-
gleitung wieder verlassen und sich nach Koblenz
begeben.

Italien.

Rom, 3. November. Der Minister-
rath hat die Eröffnung der Parla-
mentsession am 25. November fest-
gesetzt und das Präsidium, sowie das gesamte
Bureau des Senates bestätigt.

Großbritannien und Irland.

London, 3. November. Der „Manchester
Guardian“, ein bekanntlich von englischen
Kolonial-Charakteren inspiriertes Blatt,
pfeilt bei seinen Mittheilungen häufig weniger
auf deren Wahrheit als auf die Wirkung zu
sehen, welche damit in gewissen Kreisen hervor-
gerufen werden soll. So hat dieses Blatt
namentlich die falsche Meldung gebracht, dass das
englische auswärtige Amt entsetzten Protestes
gegen die deutsche Schutz-Erklärung an der So-
mal-Küste von Witu bis Niomah eingeleitet
habe, weil der Sultan von Sansibar der britisch-
afrikanischen Gesellschaft alle Inseln und
Städte dafest zugesprochen habe.

In Wahrheit sind englische Interessen an
den von uns bezeichneten Küstenstrichen auf dem
Festlande überhaupt nicht im Spiel, es kann
sich vielmehr nur um Ansprüche der englischen
Gesellschaft auf die Inseln Manda und Pata
handeln, welche nicht unter deutschen Schutz ge-
stellt sind. Ob diese bisher von deutscher Seite
nicht anerkannten Ansprüche begünstigt sind, unter-
liegt noch weiterer Prüfung.

Serbien.

Sofia, 3. November. Die Sobranje wählt
den Kandidaten der Regierung, Sclawow
mit 161 Stimmen zum Präsidenten. Der
Gegentandist Stelkow erhielt 74 Stimmen.
Prinz Ferdinand hatte, um noch heute hier
einzutreffen, wegen des auf der Donau herrschen-
den Nebels, im letzten Augenblick den Weg über
Serbien gewählt und war mittels Sonderzuges
von Jambroz hier eingetroffen. Bei seinem Ein-
tritt in den Sobranje-Saal wie bei dem Ver-
lassen desselben wurde der Prinz von den De-
putierten warm begrüßt. Der Eröffnungsfest
wobnte ein zahlreiches Publikum bei.

Griechenland.

Athen, 29. Oktober. Mit stolzer Genug-
thung berichten die Athener Blätter, der
deutsche Kaiser habe dem König Georg ge-
genüber sich sehr günstig über die Haltung und
die äußere Erscheinung der Athener Garnison
ausgesprochen.

Der Philemon, der Ober-Bürgermeister
von Athen, erbat von dem deutschen Gesandten
den Vorlaut des Trulspasses, den Kaiser
Wilhelm bei dem Brunnplatz im königlichen
Schloß abgebrocht hat. Der Spruch soll im
kaiserlichen Archiv Athens öffentlich unter den Ur-
kunden der Stadt aufgestellt werden.

Der Großfürst Thronfolger hat
auf wiederholte Bitten des Königs Georg zuge-
sagt, noch einen Monat als Gast in Athen zu
verbleiben; die Ansicht, dass sich derselbe mit der
zweiten Tochter des Königs, der Prinzessin
Marie von Griechenland, verloben
werde, gewinnt immer mehr Verbreitung.

Die vom Erzbischofen von Sachsen-
Meiningen hergestellte Uebersetzung der Les-
singschen „Emilia Galotti“ in's Griechische wurde
am Tage der Vermählung dem Buchhandel über-
geben; doch war die erste Auflage nach Verlauf
von drei Tagen schon vergriffen. Der Erzbischof
hat der Uebersetzung eine kurze Einleitung vor-
angestellt, in welcher er die Bedeutung des
Werkes für die deutsche Literatur schildert; die
griechische Sprache des Werkes wird in der
Athener Presse als eine musterhafte ge-
zeichnet.

Von den vielen ergreifenden Szenen,
welche die Vermählungsfeier des kaiserlichen
Paares begleiteten, sei folgende erwähnt. Ein
alter Kämpfer aus dem Freiheitskriege beehrte
am Sonntag Nachmittag Einlass in das königliche
Schloß, während die Neuvermählten noch in dem-
selben anwesend waren. Da man ihn jedoch nicht
einfach, blieb er am Thore stehen und weinte
unaufhörlich. Dies bemerkte der König, als er
zufällig an ein Fenster trat, worauf er herabkam
und den Greis nach der Ursache seiner Thränen
fragte. Mit halberstimmter Stimme bat dieser,
ihn doch einen Augenblick zu dem „guten
Kinde“ zu führen, da es es mit seinen schwachen
Augen auf der Fahrt zur Kirche nicht habe sehen
können. Der König ergriff bewegt die Hand des
Alten und führte ihn in den Saal, wo dieser
die Hand des Kronprinzen und der Prinzessin
mit Küffen und Thränen bedeckte.

Am Sonntag, zu gleicher Zeit, als in Athen

die Vermählung stattfand, wurde die Insel
Mytilene von einem furchtbaren Erdbeben
heimgeschlagen, welches mehrere Dörfer ver-
nichtete. Die Zahl der Getödteten wurde bereits
am folgenden Tage auf 230 festgestellt; doch ist
zu befürchten, dass dieselbe durch weitere Mel-
dungen noch wesentlich erhöht werden wird.

Stettiner Nachrichten.

* Stettin, 5. November. Vor einigen
Tagen wurde in der Meistbühnenstraße die neun-
zehnjährige Dienstmagd Wirtbahn aus Neuenhof,
welche sich auf dem Wege nach Pöls befand, in
unthätiger Weise überfallen. In der Nacht zum
Freitag wurde in Stolzenhagen der Thäter in
der Person des Knechtes Otto Kreckow, aus
Scholwin gebürtig, ermittelt, durch einen
Gendarm verhaftet und am Sonntag ins
hiesige Gefängnis eingeliefert. Wie jetzt fest-
gestellt worden ist, soll K. am Mittwoch und
Freitag in derselben Gegend ähnliche Ueberfälle
verübt haben.

— Der Kaufmann Karl Hölzer hiersebst
ist als Dolmetscher für die französische Sprache
gerichtlich vereidigt worden.

— Wir machen nochmals darauf aufmerk-
sam, dass heute, Dienstag, derjenige Tragede
Herr Siegmund Friedmann im Stadttheater
sein Gastspiel „Dante“ eröffnet. Der außer-
ordentliche Künstler hat jetzt in Königsberg i.
Pr. und Danzig künstlerisch und personell Ge-
spiele von höchster Bedeutung absolviert und wird
auch hier eine begeisterte Aufnahme finden. Dons
haben zu diesem Gastspiele keine Gültigkeit.
Morgen, Mittwoch, wird die beliebte Oper
„Carmen“ wiederholt.

— Die Folgen einer Hochzeit zeigen
sich meist nur am nächsten Tage durch einiges
Kopfschmerzen, auch wohl durch Unregelmäßigkeit
des Magens, doch werden diese Unbehagen ausge-
wogen durch die Erinnerung an die freudigen
Stunden des Hochzeitsfestes. Etwas unangenehm
waren die Folgen einer Hochzeit für den Uhr-
macher Otto K. in Memmar; derselbe nahm im
Sommer d. J. an der Vermählungsfeier eines
Sekretärs Theil und waren zu derselben recht
respektable Herrschaften geladen. Da sah der
Herr Amtsrichter neben dem Herrn Barrer und
andere Honoratioren reiten sich auf dieselben an.
Die Stimmung war eine recht gehobene, ja sie
wurde schließlich etwas sehr gehoben, denn es
entpand sich eine Debatte, welche beendliche
Dimensionen annahm und jeden Augenblick lag
die Gefahr nahe, dass das Hochzeitsfest zu einem
Pölkereabend ansetzen könnte. Doch die gegen-
seitig epponirenden Parteien besänftigten sich
schließlich und das Hochzeitsfest verlief noch in
lustiger Weise. Am nächsten verbrachte sich
jedoch über die Vorgänge bei der Hochzeit bald
ein Stadtklatsch und bei einem am 27. Juni
stattfindenden Begräbnis erzählte der Uhrmacher
K. selbst, dass es dabei nicht ohne Prügelei abge-
gegangen sei und er rühmte sich, dass er es ge-
wesen, welcher den Herrn Amtsrichter thätlich an-
gegriffen habe. Letzterer fühlte sich durch diese
unwahre Behauptung beleidigt und stellte Straf-
antrag, auf Grund dessen sich auch K. in der
gegriffenen Sitzung der Strafkammer wegen Ver-
leumdung zu verantworten hatte. Da K. den
Beweis für seine prätorische Aussage nicht er-
bringen konnte, wurde gegen ihn auf 100 Mark
Geldstrafe event. 10 Tage Haft erkannt und
dieser er noch lange Zeit für diesen für ihn so
theuren Hochzeit“ erinnern.

* In der letzten Versammlung der hiesigen
Antisemiten am 28. Oktober griff einer der Red-
ner, Herr Redakteur Zimmermann, alle politi-
schen Parteien scharf an und ließ es auch nicht
an einer Kritik des „verjudelten Freireichs“ und
der „verjudelten Sozialdemokraten“ fehlen. Dies
scheint dem Führer und Reichstagsabgeordneten
der hiesigen Sozialisten, Herrn Buchendreyer
Herbert, Bekanntschaft zu dem Vortrag ge-
geben zu haben, welchen er in einer gestern
Abend im Saale der Grünhof-Bräuerei
(Bod) abgehaltenen sozialdemokratischen
Volksversammlung hielt. Der „Antisem-
itismus und die Arbeiter“ hatte er sich zum
Thema gewählt und im Verlauf seiner Rede
suchte er klar zu stellen, wie sich die Sozialdemo-
kraten dem Antisemitismus gegenüber zu stellen
hätten. Redner führt zunächst aus, dass der So-
zialismus nichts mit dem Antisemitismus gemein
habe, ersterer will weder eine Verfolgung noch
eine Annullierung der Juden, letzterer will nur, dass
namentlich die größeren jüdischen Geschäfte eine
Aufbesserung der Löhne und eine Vertheilung
der Arbeitszeit in Kraft treten lassen sollen.
Der Haß der Antisemiten gegen die Juden sei
lediglich durch ihren Glauben und durch die un-
angenehme Konkurrenz, mit welcher sie den ersten
entgegenzutreten, bedingt also nur Vorurtheil, dieses
staube aber den Arbeitern vollständig fern; der
größte Theil der antisemitischen Arbeiter bestände
lediglich aus Scheinern, was ja in Stettin sehr
natürlich sei, da der überwiegende Theil der Kon-
fession in Händen der Juden läge, und wenn
schließlich die Antisemiten, was ihnen schon jetzt
zugesprochen wurde, das Kapital bekämpfen wollen,
dann wären auch sie nichts weiter als Sozial-
demokraten. Natürlich bittet der Vorlesende
daran, auch nach dem Antisemitismus als
das Wort zur Vertheilung ergreifen möge, was
ja insofern ausgeschlossen war, weil diese Partei
fast gänzlich vertreten war. Zum Schluss hält
Herr Herbert den Antisemitismus zu bekämpfen
für eine Nothwendigkeit, denn:

Rechte Menschen wollen wir werden,
Und das ist, was ein Jeder kann,
Ob er Christ sei oder Jude,
Heide oder Muselman.

* Der vor ungefähr zwei Monaten im Haß
vor der Einfahrt der Ucker gefundene Rahn ist
wieder gehoben, derselbe hat seine Ladung größtent-
heils verloren und wurde bis auf Weiteres in
die Ucker geschleppt.

— Dem „Mondschlein“, der sich auf
manchem sorgenschweren Dampfe zum eigenen
Verdruß so freundlich macht, läßt jetzt die er-
lösende Sonne der Wissenschaft. Man hatte bis-
her ein begründetes Mißtrauen gegen die haar-
ergregenden „Wunderkuren“, denn die angeprie-
sen Mittel halfen nur denen, welche sie in
Massen verkauften. Nachdem man aber dahinter
gekommen ist, daß an der vermeintlichen Wohl-
thatigkeit auch nur so ein verflitzter Bacillus
schuld ist, geht nunmehr die ernste Forderung
jener Haarfärberei, die Bestimmen aus „Schwund-
fucht“ nehmen, energisch zu Werke. Einem Ver-
führer Gelehrten, dem bekannten Dozenten Dr.

[illegible]

Präm. 4 1/2 % 105,00	Bank, (Remb.) 4 % 55,30
Präm. 4 1/2 % 105,00	Barthol. Präm. 5 % 93,80
Präm. 4 1/2 % 105,00	do. 5 % 130,30
Präm. 4 1/2 % 105,00	do. 5 % 130,30

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.	
Altenburg	4 1/2 % 114,50
Bayr. Ludw.	4 1/2 % 119,50
Bohem. Westb.	4 1/2 % 119,50
Bohem. Westb.	4 1/2 % 119,50

Eisenbahn-Prioritäten-Obligationen.	
Altenburg	4 1/2 % 114,50
Bayr. Ludw.	4 1/2 % 119,50
Bohem. Westb.	4 1/2 % 119,50
Bohem. Westb.	4 1/2 % 119,50

Hypotheken-Certifikate.	
Altenburg	4 1/2 % 114,50
Bayr. Ludw.	4 1/2 % 119,50
Bohem. Westb.	4 1/2 % 119,50
Bohem. Westb.	4 1/2 % 119,50

Bauk-Papiere.	
Altenburg	4 1/2 % 114,50
Bayr. Ludw.	4 1/2 % 119,50
Bohem. Westb.	4 1/2 % 119,50
Bohem. Westb.	4 1/2 % 119,50

Industrie-Papiere.	
Altenburg	4 1/2 % 114,50
Bayr. Ludw.	4 1/2 % 119,50
Bohem. Westb.	4 1/2 % 119,50
Bohem. Westb.	4 1/2 % 119,50

100	215,00	Garber, Friedr.	—	—
101	154,00	Stett. Friedr.	8	74,75
ent.	—	H. C. Lamp.	6	141,10
Erzeuger- und Gütegefelligkeiten.				
102	612,50	Garber Erw.	4	145,50
103	—	Gibernia	27½	232,50
104	9	Gün. u. Kamm.	67½	1107,50
105	225,00	König. Friedr.	37½	130,00
106	314,50	—	—	—
107	4	Blatt. Adel.	13	223,50
108	4	Obergrün.	67½	117,50
109	4	Stelben. Hülst.	75	70,75
110	6	bu. be. St. Fr.	7½	110,75
111	6	—	—	—
112	120,50	—	—	—
113	6	—	—	—
Verfälschungs-Gefelligkeiten.				
114	420	Germania	45	1100,00
115	357,50	Wiede. Friedr.	225	—
116	230	be. Stett.	—	—
117	140,00	Friedr. Eder	37½	780,00
118	220	St. Fr.	72	1280,00
119	97	Germania	40	—
120	270	—	200	4280,00
Bauf-Diskont.				
Diskont 5, Kontok. 6				
Stichtag 22. 9. 8				
121	—	—	—	—
122	—	—	—	—
123	—	—	—	—
124	—	—	—	—
125	—	—	—	—
126	—	—	—	—
127	—	—	—	—
128	—	—	—	—
129	—	—	—	—
130	—	—	—	—
131	—	—	—	—
132	—	—	—	—
133	—	—	—	—
134	—	—	—	—
135	—	—	—	—
136	—	—	—	—
137	—	—	—	—
138	—	—	—	—
139	—	—	—	—
140	—	—	—	—
141	—	—	—	—
142	—	—	—	—
143	—	—	—	—
144	—	—	—	—
145	—	—	—	—
146	—	—	—	—
147	—	—	—	—
148	—	—	—	—
149	—	—	—	—
150	—	—	—	—
151	—	—	—	—
152	—	—	—	—
153	—	—	—	—
154	—	—	—	—
155	—	—	—	—
156	—	—	—	—
157	—	—	—	—
158	—	—	—	—
159	—	—	—	—
160	—	—	—	—
161	—	—	—	—
162	—	—	—	—
163	—	—	—	—
164	—	—	—	—
165	—	—	—	—
166	—	—	—	—
167	—	—	—	—
168	—	—	—	—
169	—	—	—	—
170	—	—	—	—
171	—	—	—	—
172	—	—	—	—
173	—	—	—	—
174	—	—	—	—
175	—	—	—	—
176	—	—	—	—
177	—	—	—	—
178	—	—	—	—
179	—	—	—	—
180	—	—	—	—
181	—	—	—	—
182	—	—	—	—
183	—	—	—	—
184	—	—	—	—
185	—	—	—	—
186	—	—	—	—
187	—	—	—	—
188	—	—	—	—
189	—	—	—	—
190	—	—	—	—
191	—	—	—	—
192	—	—	—	—
193	—	—	—	—
194	—	—	—	—
195	—	—	—	—
196	—	—	—	—
197	—	—	—	—
198	—	—	—	—
199	—	—	—	—
200	—	—	—	—
Wechsel- Kours vom 4. November.				
Gold- und Papiergeld.				
201	—	Engl. Banknot.	20,37	5
202	20,31	Frank. Banknot.	80,95	5

